

Medieninformation 06.11.2017

Pressefrühstück zur Brottütenaktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ am 07. November 2017

Rund um den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2017 werden in der Woche vom 20. bis 26. November mehr als 150 Bäckereien im Land Brandenburg extra angefertigte Brottüten für das Verpacken ihrer Waren nutzen, um über das Hilfsangebot nach einer Vergewaltigung sowie über die Frauenhäuser und Beratungsstellen im Land Brandenburg zu informieren. Die Bäckereien unterstützen dabei die Frauenverbände bei einer Öffentlichkeitskampagne.

Interessierte Medienvertreter_innen können sich vorab bei einem Pressefrühstück über die geplanten Aktionen und möglichen Drehorte informieren.

#MeToo ist in der letzten Woche als Hashtag international durch die Sozialen Medien viral gegangen. Er sollte auf sexualisierte Gewalt und Übergriffe auf Frauen aufmerksam machen. Doch viele Frauen trauen sich nicht öffentlich oder auch gegenüber Behörden über Übergriffe und Gewalt zu sprechen. Daher ist es überaus wichtig, dass Frauen die lokalen Anlaufstellen kennen, die ihnen Hilfe und Beratung anbieten.

Um mehr Bekanntheit für solche Beratungs- und Hilfsangebote im Land Brandenburg und Frauen auch fern des Internets zu erreichen, planen wir die Brottütenaktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. November. Dazu kooperieren der Frauenpolitische Rat Brandenburg e.V., die Opferhilfe Brandenburg e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg und das Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser sowie der Landesverband der Bäckereien und Konditoreien Berlin-Brandenburg e.V. miteinander.

In der Aktionswoche rund um den Tag gegen Gewalt an Frauen ab dem 20. Nov. 2017 sollen landesweit in den teilnehmenden Bäckereien Brottüten verteilt werden, die auf die lokalen Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen und Opfer sexualisierter Gewalt aufmerksam machen. Darüber hinaus wird der Fokus in diesem Jahr auf der anonymen Spurensicherung nach einer Vergewaltigung liegen.

Im Vordergrund stehen die vier Krankenhäuser (Potsdam, Cottbus, Neuruppin und Frankfurt Oder), die dieses Angebot im Land Brandenburg anbieten. Es ist wichtig, dass Frauen nach einem Übergriff medizinische Behandlung und Beratung bekommen und sie sich auch später noch dafür entscheiden können, rechtliche Schritte einzuleiten. Dazu ist es nötig, dass ihnen bekannt ist, wie wichtig die Spurensicherung ist und wo sie diese bedenkenlos und ohne Druck erhalten können.

Um weitere Informationen zu erhalten zur Aktion und zum Thema Gewalt gegen Frauen in Brandenburg laden wir alle Interessierte und Medienvertreter_innen ein zum Pressefrühstück morgen dem 07. November ab 11 Uhr in die Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates Brandenburg ein.

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit Verena Letsch | Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

Internet: www.frauenpolitischer-rat.de | E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de